S 12 KR 2541/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 5.
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft - Deskriptoren -

Leitsätze Die zusätzlich zum regelmäßig gezahlten

Gehalt und den nach § 47 Abs. 2 Satz 6

<u>SGB V</u> zu berücksichtigenden Einmalzahlungen gezahlten unregelmäßigen und einmaligen

Leistungen sind bei der Berechnung des Krankengelds nicht zu berücksichtigen,

da es an der erforderlichen

Regelmäßigkeit dieser Zahlungen fehlt. Die in § 47 SGB V enthaltene Begrenzung bei der Berechnung des Krankengelds verstößt nicht gegen Verfassungsrecht.

Normenkette SGB 5 § 44

SGB 5 § 47 GG Art 3

1. Instanz

Aktenzeichen S 12 KR 2541/19

Datum 30.07.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 5 KR 3231/21 Datum 13.12.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Heilbronn vom 30.07.2021 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Der KlÄger begehrt von der Beklagten hĶheres Krankengeld.

Der 1964 geborene Kläger ist mit Anspruch auf Krankengeld freiwillig gesetzlich krankenversichertes Mitglied der Beklagten. In der Zeit vom 26.11.2018 bis einschlieÃ□lich 26.05.2019 war der Kläger arbeitsunfähig erkrankt. Er legte der Beklagten entsprechende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen der E1 für die Zeit vom 26.11.2018 bis 14.12.2018 und der L1 für die Zeit vom 17.12.2018 bis zur Bescheinigung der Arbeitsfähigkeit am 27.05.2019 vor. Vom 26.11.2018 bis 06.01.2019 erhielt der Kläger Entgeltfortzahlung von seinem Arbeitgeber, der D1 AG.

Mit Bescheid vom 03.04.2019 bewilligte die Beklagte dem Kläger ab 07.01.2019 Krankengeld. Das tägliche Krankengeld betrage 99,52 â☐¬ brutto. Davon wù¼rden Beiträge zur Pflege- (1,52 â☐¬), Renten- (9,26 â☐¬) und Arbeitslosenversicherung (1,24 â☐¬) abgezogen. Das tägliche Nettoarbeitsentgelt betrage somit 87,50 â☐¬. Dem Bescheid war eine Musterberechnung zur Ermittlung der Höhe des Krankengeldes beigefù¼gt.

Hiergegen wendete der KlÃxger per Email ein, ihm sei ein groÃyer Unterschied zwischen seinem letzten Verdienst und der Krankengeldleistung aufgefallen. Die Beklagte mÃyge bitte die HÃyhe des Krankengeldes Ãy4berprÃy4fen. Nach RÃy4ckfrage der Beklagten bei der D1 AG teilte die Beklagte dem KlÃx9ger per Email mit, aufgrund der Nachfrage bei seinem Arbeitgeber habe sich eine Ãy1nderung der Berechnungsgrundlage fÃy4r das Krankengeld ergeben. Er erhalte eine Nachzahlung i.H.v. 11,20y1 ây2 netto. Eine Korrektur des Bescheides vom 03.04.2019 werde ihm zugehen.

Mit Bescheid vom 05.04.2019 stellte die Beklagte fest, dem Kl \tilde{A} ¤ger stehe ab 07.01.2019 t \tilde{A} ¤gliches Krankengeld i.H.v. 99,68 \hat{A} \hat{A} \Box ¬ brutto zu. Davon w \tilde{A} \checkmark 4rden Beitr \tilde{A} ¤ge zur Pflege- (1,52 \hat{A} \hat{A} \Box ¬), Renten- (9,27 \hat{A} \hat{A} \Box ¬) und Arbeitslosenversicherung (1,25 \hat{A} \hat{A} \Box ¬) abgezogen. Das t \tilde{A} ¤gliche Nettoarbeitsentgelt betrage somit 87,64 \hat{A} \hat{A} \Box ¬.

Auf Nachfrage des Klägers erläuterte die Beklagte die Berechnung des Krankengelds im Schreiben vom 03.05.2019.

Dennoch erhob der KlĤger gegen den Bescheid vom 05.04.2019 am 26.05.2019 Widerspruch. Zur Begründung führte er aus, die Beklagte habe seinen Anspruch auf Krankengeld gekürzt und gedeckelt. Dies halte er für unzulässig.

Mit Widerspruchsbescheid vom 25.06.2019 wies die Beklagte den Widerspruch des KlĤgers zurýck. Der Widerspruch sei zwar nicht fristgemäÃ☐ erhoben worden. Dennoch habe man sich entschieden den Widerspruch zu prÃ⅓fen. MaÃ☐gebend fÃ⅓r die Krankengeldberechnung sei grundsätzlich der Oktober 2018 als letzter abgerechneter Entgeltabrechnungszeitraum vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit am 26.11.2018. Da das feste Monatsgehalt des Klägers laut den vorliegenden

Unterlagen regelmÃxÃ□ig von dem vereinbarten Monatsgehalt abweiche, seien zur Berechnung des Krankengeldes die letzten drei abgerechneten Kalendermonate vor Beginn der ArbeitsunfÃxhigkeit heranzuziehen. Ausgehend von dem durch den Arbeitgeber für August bis Oktober 2018 übermittelten Arbeitsentgelt erlÃxuterte die Beklagte die Krankengeldberechnung. Das Krankengeld betrage 70% des Regelentgelts, maximal jedoch 90% des Nettoentgelts, im Ergebnis damit 99,68Â â□¬ brutto, der kalendertÃxgliche Auszahlungsbetrag 87,64Â â□¬.

Der Kläger hat am 25.07.2019 Klage beim Sozialgericht Heilbronn (SG) erhoben. Zur Begründung hat er ausgeführt, die von der Beklagten in Ansatz gebrachten Beträge fýr die Berechnung des Krankengeldes seien fehlerhaft. Tatsächlich habe er im August 2018 ein Bruttomonatsentgelt i.H.v. 6.236,32 â∏¬ (statt 6.064,17 $\hat{a} \square \neg$) und ein Nettoarbeitsentgelt in HA¶he von 3.488,00 $\hat{a} \square \neg$ (statt 3.454,11 â□¬), im September 2018 ein Bruttoarbeitsentgelt i.H.v. 5.884,52Â â□¬ (statt 5.266,60 â□¬) und damit ein Nettoarbeitsentgelt i.H.v. 3.556,00 â□¬ (statt 3.071,66 â∏¬) sowie im Oktober 2018 ein Bruttoarbeitsentgelt i.H.v. 6.260,47 \hat{A} (statt 6.114,64 \hat{A} \square \square) erzielt, was einem Nettoarbeitsentgelt i.H.v. 3.984,27 $\hat{a} \sqcap \neg$ (statt 3.478,38 $\hat{a} \sqcap \neg$) entspreche. Das tats $\tilde{A} \times chliche$ Regelentgelt habe mithin 204,24 â∏¬ brutto bzw. 122,54 â∏¬ netto betragen. Zudem halte er eine Benachteiligung durch Deckelung und prozentuale Abzüge bei der Berechnung seines Krankengeldes für unzulässig und gesetzeswidrig. Es bestehe eine Ungleichheit im Verhäultnis zu anderen Fäullen, in denen der Lohn als Grundlage für die Berechnung herangezogen werde, wie z.B. beim StrafmaÃ∏ (Geldstrafe), aber auch beim BAfA¶G, Unterhalt ans Kind, Einkommensteuer, Krankenversicherung, etc. Auch beim Bezug von Arbeitslosengeld gebe es keine Deckelung und Kürzung. Seiner Klage hat der Kläger die 1. Seite seiner Verdienstabrechnungen für August bis Oktober 2018 in Kopie beigefügt. Auf entsprechende Anforderung hat er die 2. Seite der Verdienstabrechnungen nachgereicht.

Die Beklagte ist der Klage entgegengetreten und hat eine Berechnung des Krankengeldes vorgelegt.

Zur weiteren Klärung des Sachverhalts hat das SG den Arbeitgeber des Klägers um Auskunft zu den in den Verdienstabrechnungen ausgewiesenen Beträgen gebeten. Hinsichtlich der Antwort wird auf BI. 52/53 der Gerichtsakte des SG Bezug genommen.

Mit Urteil vom 30.07.2021 hat das SG die Klage abgewiesen. Die Klage sei zulĤssig, jedoch unbegrýndet. Der Kläger habe gegen die Beklagte keinen Anspruch auf die Gewährung höheren Krankengeldes. Unstreitig stehe dem Kläger ab 07.01.2019 ein Anspruch auf Gewährung von Krankengeld zu. Streitig sei allein die konkrete Berechnung des Krankengeldes. Dabei richteten sich Höhe und Berechnung des Krankengeldes nach der Regelung des § 47 FÃ⅓nftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V). Hierbei betrage das Krankengeld gemäÃ□ Abs.1 Satz 1 der Vorschrift 70 vom Hundert des erzielten regelmäÃ□igen Arbeitsentgelts und Arbeitseinkommens, soweit es der Beitragsberechnung unterliege (Regelentgelt). GemäÃ□ Abs. 6 der Vorschrift werde das Regelentgelt bis zur Höhe der

kalendertĤglichen Beitragsbemessungsgrenze berļcksichtigt. Das aus dem Arbeitsentgelt berechnete Krankengeld dýrfe nach <u>§ 47 Abs.1 Satz 2 SGB V</u> 90 vom Hundert des bei entsprechender Anwendung des Absatzes 2 berechneten Nettoarbeitsentgelts nicht übersteigen. Ausgehend hiervon habe die Beklagte der Berechnung des Krankengeldanspruchs des KlĤgers zutreffend das durch den Arbeitgeber gemeldete Arbeitseinkommen des KlĤgers zugrunde gelegt. Unter Heranziehung der im gerichtlichen Verfahren vorgelegten Verdienstbescheinigungen sei hierbei von dem auf Seite 2 der Verdienstabrechnungen mit â∏∏laufendâ∏∏ bezeichneten Brutto-Arbeitsentgelt auszugehen, da dieser Betrag der Beitragsberechnung unterliege (vgl. § 47 Abs.1 Satz 1 SGB V). Das auf Seite 1 der Verdienstabrechnungen angegebene Brutto-Arbeitsentgelt enthalte demgegenüber Bestandteile (Zulagen), die nicht der Beitragsberechnung unterlĤgen. Auf der Grundlage dieses Arbeitsentgelts habe die Beklagte den Krankengeldanspruch des KlĤgers zutreffend berechnet. Das SG nehme insoweit Bezug auf die durch die Beklagte im gerichtlichen Verfahren vorgelegte Berechnung (Bl. 33 SG-Akte). Anhaltspunkte, wonach diese Berechnung nach § 47 SGB V unzutreffend erfolgt sei, seien weder ersichtlich noch vorgetragen. Der Kläger habe seine Klage vielmehr maÃ∏geblich damit begrýndet, die in <u>§ 47 SGB V</u> enthaltene Regelung zur Berechnung des Krankengeldes, insbesondere zur Deckelung und prozentualen Kürzung, sei an sich unzulÄxssig. So bestehe eine Ungleichheit im VerhÄxltnis zu anderen FÄxllen, in denen der Lohn als Grundlage für die Berechnung herangezogen werde, wie z.B. beim Strafmaà (Geldstrafe), aber auch beim BAfà G, Unterhalt ans Kind, Einkommensteuer, Krankenversicherung, etc. Auch beim Bezug von Arbeitslosengeld gebe es keine Deckelung und Kürzung. Der Kläger mache insoweit einen Versto̸ der Regelung gegen Verfassungsrecht geltend. Dem habe sich die erkennende Kammer jedoch nicht anzuschlie̸en vermocht. Ein VerstoÃ∏ gegen das Gleichbehandlungsgebot des Art. 3 Grundgesetz (GG) im VerhÄxltnis zu den durch den KlĤger beispielhaft aufgeführten Fällen liege nicht vor. Es handele sich insoweit vielmehr um vĶllig unterschiedliche Regelungssysteme in Bezug auf völlig unterschiedliche Lebenssachverhalte, die in verfassungskonformer Weise auch unterschiedlich geregelt werden kA¶nnten. Die Regelung zur Berechnung der KrankengeldhA¶he in A§ 47 SGB V stelle dabei die Entgeltersatzfunktion der Leistung in den Vordergrund. Dem Versicherten solle das wegen krankheitsbedingter ArbeitsunfĤhigkeit entgehende Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen ersetzt werden. Das Krankengeld werde in HA¶he eines bestimmten Prozentsatzes des zu ermittelnden Regelentgeltes gezahlt. Es werde durch mehrere Regelungen begrenzt, damit vermieden werde, dass ein Versicherter durch den Bezug der Entgeltersatzleistung bessergestellt werde, als wenn er Arbeitsentgelt erzielen würde (unter Hinweis auf Bohlken in juris-PK, § 47 Rn. 18/19). Ein Versto̸ gegen sonstiges Verfassungsrecht sei nicht ersichtlich.

Gegen das ihm am 20.09.2021 zugestellte Urteil hat der Kläger am 18.10.2021 Berufung zum Landessozialgericht (LSG) Baden-Wþrttemberg erhoben. Er macht auch hier geltend, dass die Deckelung der Zahlung des Krankengeldes und die vom Gesetzgeber vorgegebene Höchstregelentgeltgrenze eine Ungleichbehandlung darstelle und ihn in seinen Rechten verletze. Durch die gesetzlich vorgesehene Deckelung und Kürzung werde er doppelt benachteiligt. Das Krankengeld sei aus

dem tatsÄxchlichen Bruttoregelentgelt ohne HĶchstgrenze zu berechnen.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Heilbronn vom 30.07.2021 aufzuheben und die Beklagte unter AbĤnderung des Bescheids vom 05.04.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 25.06.2019 zu verurteilen, ihm Krankengeld nach einem tĤglichen Regelentgelt i.H.v. 204,54 â□¬ zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie hält die erstinstanzliche Entscheidung für zutreffend. GemäÃ∏ <u>§ 47 Abs. 6</u> SGB V sei das Regelentgelt bis zur Höhe des Betrages der kalendertäglichen Beitragsbemessungsgrenze zu berücksichtigen. Dies sei hier erfolgt. Auf Nachfrage des Senats hat die Beklagte mitgeteilt, der Kläger habe bis zum 24.05.2019 von ihr Krankengeld erhalten.

Die Beteiligten haben einer Entscheidung durch den Senat ohne mündliche Verhandlung zugestimmt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf deren SchriftsĤtze sowie die Akten des SG, der Beklagten und des Senats Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

I. Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des SG vom 30.07.2021, über die der Senat nach Zustimmung der Beteiligten ohne mündliche Verhandlung nach § 124 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz (SGG) entscheidet, ist gemäÃ∏ §Â§ 143, 144 SGG statthaft. Die Berufung ist form- und fristgerecht eingelegt worden und auch im Ã∏brigen zulässig (§ 151 SGG).

Streitgegenstand ist der Bescheid der Beklagten vom 05.04.2019, der den Bescheid der Beklagten vom 03.04.2019 ersetzt hat, in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 25.06.2019.

- II. Die Berufung des Klägers hat keinen Erfolg. Das SG hat die Klage zu Recht in vollem Umfang abgewiesen.
- 1. Die auf Abänderung der Bescheide und Verurteilung der Beklagten zur Zahlung höheren Krankengeldes gerichtete kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage (§ 54 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 SGG) ist zulässig, jedoch nicht begründet. Der Bescheid der Beklagten vom 05.04.2019 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 25.06.2019 ist rechtmäÃ∏ig und verletzt den Kläger nicht in subjektiven Rechten. Zwar hat der Kläger Anspruch auf Krankengeld dem Grunde nach ab 07.01.2019 bis zum 24.05.2019; hierüber besteht zwischen den Beteiligten auch

kein Streit. Allerdings hat der Kläger keinen Anspruch auf höheres Krankengeld, denn die Beklagte hat das tägliche Bruttokrankengeld zutreffend auf 99,68 â□¬ sowie das tägliche Nettokrankengeld zutreffend auf 87,64 â□¬ festgesetzt (hierzu a). Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Regelung des §Â 47 SGB V bestehen nicht (hierzu b).

a) GemäÃ∏ <u>§ 44 Abs. 1 SGB V</u> haben Versicherte Anspruch auf Krankengeld, wenn die Krankheit sie arbeitsunfÄxhig macht oder sie auf Kosten der Krankenkasse in einem Krankenhaus, einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung behandelt werden. Die HĶhe und Berechnung des Krankengeldes richtet sich nach § 47 SGB V, der insoweit hinsichtlich der hier anzuwendenden vom 01.01.2009 bis zum 30.06.2019 geltenden Fassung des Gesetzes keine ̸nderung erfuhr. Danach beträgt das Krankengeld 70 vom Hundert des erzielten regelmäÃ∏igen Arbeitsentgelts und Arbeitseinkommens, soweit es der Beitragsberechnung unterliegt (Regelentgelt). Das aus dem Arbeitsentgelt berechnete Krankengeld darf 90 vom Hundert des bei entsprechender Anwendung des Absatzes 2 berechneten Nettoarbeitsentgelts nicht A¼bersteigen. FA¼r die Berechnung des Nettoarbeitsentgelts nach Satz 2 ist der sich aus dem kalendertĤglichen Hinzurechnungsbetrag nach Absatz 2 Satz 6 ergebene Anteil am Nettoarbeitsentgelt mit dem Vomhundertsatz anzusetzen, der sich aus dem VerhÃxItnis des kalendertÃxglichen Regelentgeltbetrags nach Absatz 2 Satz 1 bis 5 zu dem sich aus diesem Regelentgeltbetrag ergebenden Nettoarbeitsentgelt ergibt. Das nach Satz 1 bis 3 berechnete kalendert Azgliche Krankengeld darf das sich aus dem Arbeitsentgelt nach Absatz 2 Satz 1 bis 5 ergebende kalendertĤgliche Nettoarbeitsentgelt nicht übersteigen. Das Regelentgelt wird nach den AbsÃxtzen 2, 4 und 6 berechnet. Das Krankengeld wird für Kalendertage gezahlt. Ist es für einen ganzen Kalendermonat zu zahlen, ist dieser mit drei̸ig Tagen anzusetzen (§ 47 Abs. 1 SÃxtze 1 bis 7 SGB V). Für die Berechnung des Regelentgelts ist das von dem Versicherten im letzten vor Beginn der ArbeitsunfÄxhigkeit abgerechneten Entgeltabrechnungszeitraum, mindestens das wĤhrend der letzten abgerechneten vier Wochen (Bemessungszeitraum) erzielte und um einmal gezahltes Arbeitsentgelt verminderte Arbeitsentgelt durch die Zahl der Stunden zu teilen, für die es gezahlt wurde. Das Ergebnis ist mit der Zahl der sich aus dem Inhalt des Arbeitsverhältnisses ergebenden regelmäÃ∏igen wöchentlichen Arbeitsstunden zu vervielfachen und durch sieben zu teilen. Ist das Arbeitsentgelt nach Monaten bemessen oder ist eine Berechnung des Regelentgelts nach den SÄxtzen 1 und 2 nicht möglich, gilt der dreiÃ∏igste Teil des im letzten vor Beginn der ArbeitsunfĤhigkeit abgerechneten Kalendermonat erzielten und um einmalig gezahltes Arbeitsentgelt verminderten Arbeitsentgelts als Regelentgelt (§ 47 Abs. 2 SÃxtze 1 bis 3 SGB V). Nach § 47 Abs. 2 Satz 5 SGB V gilt bei der Anwendung des Satzes 1 als regelmäÃ∏ige wöchentliche Arbeitszeit die Arbeitszeit, die dem gezahlten Arbeitsentgelt entspricht. FÃ1/4r die Berechnung des Regelentgelts ist der dreihundertsechzigste Teil des einmal gezahlten Arbeitsentgelts, das in den letzten zwölf Kalendermonaten vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit nach § 23a des Vierten Buches der Beitragsberechnung zugrunde gelegen hat, dem nach Satz 1 bis 5 berechneten Arbeitsentgelt hinzuzurechnen (§ 47 Abs. 2 Satz 6 SGB V). Nach § 47 Abs. 6 SGB V wird das Regelentgelt bis zur Höhe des Betrages der kalendertĤglichen Beitragsbemessungsgrenze berļcksichtigt.

In Anwendung dieser Regelungen hat der KlĤger keinen Anspruch auf ein höheres kalendertägliches Krankengeld als ihm durch Bescheid vom 05.04.2019 gewÄxhrt wurde. Die Beklagte hat ihrer Berechnung hier zutreffend das vom Arbeitgeber des KlĤgers gemeldete Arbeitseinkommen zugrunde gelegt und hierbei das auf Seite 2 der Verdienstbescheinigungen von August, September und Oktober 2018 mit â∏∏laufendâ∏ bezeichnete Bruttoentgelt i.H.v. 6.064,17 â∏ $f\tilde{A}\frac{1}{4}r$ August 2018, i.H.v. 5.266,60 \hat{A} $\hat{a}\Box \neg f\tilde{A}\frac{1}{4}r$ September 2018 und i.H.v. 6.114,64 â∏¬ für Oktober 2018 berücksichtigt. Hierin sind nach der von der Arbeitgeberin des Kl\tilde{A}\tilde{x}gers dem SG gegen\tilde{A}^1\tilde{4}ber erteilten Auskunft vom 10.11.2020 die MonatsgehĤlter und regelmĤÄ∏ige Mehrarbeitsvergļtungen, ZuschlĤge und Zulagen enthalten. Denn nur diese BetrĤge unterliegen als Regelentgelt der Berechnung des § 47 Abs. 1 Satz 1 SGB V. Hierauf grýndend hat die Beklagte den Krankengeldanspruch des KlAxgers ab 07.01.2019 zutreffend berechnet. Demgegenüber sind die zusätzlich zum regelmäÃ∏ig gezahlten Gehalt und den nach § 47 Abs. 2 Satz 6 SGB V zu berýcksichtigenden Einmalzahlungen gezahlten unregelmĤÄ∏igen und einmaligen Leistungen (hier im Bruttobetrag auf Seite 1 der Verdienstabrechnung des Klägers gelistet) bei der Berechnung des Krankengeldes nicht zu berücksichtigen, da es an der erforderlichen RegelmäÃ∏igkeit dieser Zahlungen fehlt. Wegen au̸ergewöhnlicher Umstände gewährte Vergütungen bleiben auÃ∏er Betracht, soweit nicht bereits eine RegelmÃxÃ∏igkeit ihrer Zahlung bejaht werden kann. Eine solche RegelmäÃ∏igkeit ist aber vorliegend im Hinblick auf die auf Seite 1 der Verdienstabrechnung zu verneinen. Der Senat macht sich â∏∏ wie bereits das SG â∏ die im gerichtlichen Verfahren vorgelegte Berechnung der Beklagten zu eigen, verweist zudem auf die GrÃ1/4nde des angefochtenen Widerspruchsbescheides und sieht von einer weiteren eingehenden Darstellung der Entscheidungsgründe ab, weil er die Berufung aus den Gründen der angefochtenen Entscheidung als unbegründet zurückweist (§Â 153 Abs. 2 SGG).

b) Die vom Kläger monierte â∏Deckelungâ∏ und â∏Kþrzungâ∏ der in der zur Berechnung des Krankengeldes enthaltenen Regelung des <u>§ 47 SGB V</u> verstöÃ∏t auch nicht â∏ wie der Kläger meint â∏ gegen Verfassungsrecht. Insbesondere besteht keine Ungleichheit im Verhältnis zu anderen Fällen (wie z.B. beim StrafmaÃ∏ bei einer Geldstrafe, beim BAföG, dem Unterhalt eines Kindes oder der Einkommensteuer) in denen â∏ wovon der Kläger ausgeht â∏ der tatsächliche Lohn als Grundlage zur Berechnung herangezogen wird.

PrüfungsmaÃ \square stab ist hier <u>Art. 3 Abs. 1 GG</u>. Ein VerstoÃ \square gegen dieses Grundrecht liegt vor, wenn eine Gruppe von Normadressaten im Vergleich zu einer anderen anders behandelt wird, obwohl zwischen beiden Gruppen keine Unterschiede von solcher Art und solchem Gewicht bestehen, dass sie die ungleiche Behandlung rechtfertigen könnten (Bundesverfassungsgericht , Beschluss vom 12.05.2009 â \square 2 BvR 743/01 -, in juris m. w. N.). Ob und in welchem AusmaÃ \square der Gleichheitssatz bei der Ordnung bestimmter Materien dem Gesetzgeber Differenzierungen erlaubt, hängt dabei wesentlich von der Natur des jeweils in Frage stehenden Sachbereichs ab (vgl. BVerfG, Beschluss vom 15.12.1970 â \square 1 BvR 559/70 -, in juris m. w. N.). Nach diesen Grundsätzen verstöÃ \square t die zur

Prüfung gestellte Regelung nicht gegen den allgemeinen Gleichheitssatz. §Â 47 SGB V regelt die Bemessung des Krankengeldes. Dessen Funktion ist es, dem arbeitsunfĤhig erkrankten Arbeitnehmer angemessenen Ersatz für den Ausfall zu leisten, den er dadurch erleidet, dass er gegenwÄxrtig kein Gehalt erhÄxlt. Daraus folgt, dass es sachgerecht ist, wenn die Bemessung des Krankengeldesgeldes grundsÃxtzlich an das Regelentgelt anknüpft, das der arbeitsunfÃxhige Arbeitnehmer zuletzt vor Eintritt des Krankengeldbezugs erhalten hat. Die existenzsichernde Natur des Krankengeldes erfordert, dass die Feststellung der Leistungshöhe und die Auszahlung beschleunigt erfolgt. Das zwingt schon aus Gründen der Verwaltungspraktikabilität zu einfachen MaÃ∏stäben bei der Leistungsberechnung. Diesen Erfordernissen wird die Anknüpfung der Berechnung des Krankengeldes an das Regelentgelt grundsÄxtzlich gerecht. Die darin liegende Pauschalierung bei der Festsetzung von Krankengeld ist dem Gesetzgeber als typisierende Regelung bei der Ordnung von Massenerscheinungen grundsÄxtzlich erlaubt (BVerfG, Urteil vom 24.07.1963 â∏∏ 1 BvL 11/61 -, in juris). Eine Ungleichbehandlung im Vergleich zu den vom KlĤger genannten Beispielen liegt demgegenýber nicht vor, da die durch die jeweiligen Regelungen betroffenen Gruppen nicht auch zugleich Normadressaten der Regelung des § 47 SGB V sind, da andere Bereiche und unterschiedliche Lebenssachverhalte betroffen sind. Dies steht auch im Einklang mit der Entgeltersatzfunktion des Krankengeldes. So soll das Krankengeld wĤhrend einer Erkrankung den tatsĤchlich kurz vor Beginn der ArbeitsunfĤhigkeit bestehenden wirtschaftlichen Status aufrechterhalten (Bohlken in: jurisPK-SGB V, 4. Aufl., § 47, Stand: 05.01.2022, Rn. 30). Das Krankengeld wird deshalb durch mehrere Regelungen begrenzt, damit vermieden wird, dass ein Versicherter durch den Bezug einer Entgeltersatzleistung bessergestellt wird, als wenn er Arbeitsentgelt beziehen wÃ1/4rde.

III. Die Kostenentscheidung folgt aus § 193 Abs. 1 und 4 SGG.

IV. GrÃ $\frac{1}{4}$ nde, die Revision nach $\frac{2}{4}$ 160 Abs. 2 Nr. 1 oder Nr. 2 SGG zuzulassen, sind nicht ersichtlich. $\frac{1}{4}$

Erstellt am: 12.01.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024